

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 586. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 203.

Verlagsgesellschaft f. d. Provinzial-Verlagsanstalt in Halle a. S. Druck- und Verlagsanstalt f. d. Provinzial-Verlagsanstalt in Halle a. S.

Verlagsgesellschaft f. d. Provinzial-Verlagsanstalt in Halle a. S. Druck- und Verlagsanstalt f. d. Provinzial-Verlagsanstalt in Halle a. S.

Zweite Ausgabe  
Donnerstag, 15. Dezember 1910.

## Großgrundbesitz und Kleinbesitz.

In einem gewissen Teil der Tagespresse tritt neuerdings wieder einmal steigend eine gewisse Ablehnung gegen den Großgrundbesitz hervor. Man macht mit Bekundung und Heftigkeit für die Ansicht geltend, daß der Großgrundbesitz ein Krebsgeschwür unserer ganzen Volkswirtschaft sei. Hierzu schreibt die „Neue polit. Wirt.“ ein auf nationalem Boden stehendes Blatt, das aber mit seinen Besprechungen zu Industrie, Handel und Verkehr genügt in den Verdacht einzuführen agrarischer Interessenten kommen kann, zutreffend u. a. das Folgende:

Speziell kann ein Ueberhandnehmen des Eigentums an Grund und Boden in einer Gegend mit großen Schäden verbunden sein, und die Bevölkerung verbunden sein. Aber dieses endlich nicht Bedürfnisse antizipieren wollen, wie man es in Schottland sieht. Ganz Schottland gehört beinahe 900 bis 1000 Familien. So wenig sich diese Zahl mit einer geüblichen Volkswirtschaft in Einklang bringen lassen, so wenig darf man aber ein Ueberhandnehmen des Kleingrundbesitzes durch Zertrümmerung aller größeren Güter gutheißen. Das Bestehenbleiben solcher Güter und zwar in einem richtigen Verhältnis zu der Gesamtzahl aller landwirtschaftlichen Betriebe muß schon aus Gründen des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses für durchaus wünschenswert erachtet werden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß alle landwirtschaftlichen Betriebe von größeren Besitzern ausgegangen sind. Sie nur sind in der Lage, die theoretischen Fortschritte der Wissenschaft in der Praxis umzusetzen, die technischen, industriellen Konstruktionen auszuüben und in Gemeinschaft mit der Industrie zu verwirklichen.

Aber auch politische Gründe lassen das Erhaltenbleiben des Großgrundbesitzes dringend erforderlich erscheinen. Denn seine bei weitem größere wirtschaftliche Unabhängigkeit ist für den Großgrundbesitz dazu berufen, ebensmäßig in der Verwirklichung tätig zu sein, im Volkswesen zu wirken und der Gemeinde ganz besonders zu dienen. Durch seine unerschütterliche Bestimmung bildet er für die Regierung einen festen Anhalt, und sein Fehlen würde für das Staatswesen eine furchtbare Lücke bedeuten. Liegt eine vollkommene Bekämpfung des Großgrundbesitzes somit nicht im Interesse unseres ganzen Staatswesens, so muß dieses wenigstens so beschaffen sein, uns einen ausreichenden Bestand unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse (3—12 Gekör) zu stellen und wo sie mangeln, wie a. B. im Norden und im westlichen Deutschland, sie zu schaffen. Zum Teil ist diesem Zweck schon durch die segensreiche Arbeit der Anbaukommissionen abgeholfen worden. Auf dem einmal eingeschrittenen Wege muß beharrt werden, bis ein richtiges Verhältnis zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbesitz überall hergestellt ist. Die beiden letzteren Kategorien bilden mit dem Fundament unseres Staatswesens; denn die Grundbesitzverteilung ist mit der Staats- und gesellschaftlichen Ordnung eng verknüpft. Sie bietet dem Besitzer, wie bei der Reife noch so klein, einen durch nichts zu ersetzenden Nischplatz. Durch die Erhaltung und Schaffung einer und mittlerer ländlicher Besitztümer werden Klassenunterschiede vermindert. Durch das Eigentum fühlen sich die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Erzeugnisse als Angehörige und bleiben dadurch davor bewahrt, ins Proletariat herabzusinken und von dem vorbreitenden Strom der Sozialdemokratie getrieben zu werden. Zu erwähnen bleibt noch, daß der kleinere landwirtschaftliche Betrieb auch seine Bedeutung hervorragenden Anteil an der Beschaffung der tierischen Volkserzeugnisse nimmt, so daß schon aus diesem Grunde ein quantitatives Herabfallen kleiner landwirtschaftlicher Betriebe nicht wünschenswert erscheint.

Ist in Vorstehendem auseinandergelegt worden, daß wir uns den Großgrundbesitz und den Kleinbesitz als zwei der Bronce unseres Staatswesens erkennen und wo er fehlt, ersetzt, schaffen müssen, so darf bei der inneren Kolonisation nicht außer Acht gelassen werden, auch da, wo die kleinen, Besitze ins Leben zu rufen, die als Hindernis für den Großgrundbesitz und Kleinbesitz unüberwindlich sind: also Baumgärtner von 15 bis 100 Hektar. Gerade diese kleinen Besitze sind für die Gemeinde unentbehrlich als Gemeindebeamte, als Vertreter der Gemeinden im Kreisrat usw. Sie sind die vorzüglichsten Vermittler landwirtschaftlicher technischer Fortschritte vom großen zum kleinen Besitz, sie sind die Stützen und Förderer der Genossenschaftsbewegungen. Sie sind mit der Großbesitzer dazu berufen, für die Beschaffung der Volkswirtschaftsmittel: Kartoffeln, Roggen, Weizen usw. Sorge zu tragen, während der Kleinbesitzer eher Geschiebe läuft, seinen Betrieb zu spezialisieren (Kornschäufel, Zerkleinern, Gemüse, Weinbau, Obst, Hopfen, Viehzucht usw.) und für die Volkswirtschaft in verschiedenen Produkten nicht in dem Maße in Betracht kommt wie der Großgrundbesitz in Gemeinschaft mit dem Kleinbesitzer.

Bei der Landwirtschaft ist niemals der Große der Träger des Kleinen. Es gibt in ihr keine wirklichen wirtschaftlichen Interessengemeinschaften, es muß deshalb als Voraussetzung der ländlichen Volkswirtschaft das Fortbestehen

eines genügend großen Großgrundbesitzes, eines gut landwirtschaftlichen Kleinbesitzes und eines sozial unabhängigen, bodenständigen Kleinbesitzes gefordert werden. In gemeinsamer Arbeit, in friedlichem Zusammenarbeiten können diese drei Besitztümer für unser Staatswesen und für unser ganzes Volk Großes leisten und werden für lange Zeit und nachsicherlich für immer in der Lage sein, sofern sie auf eine weise landwirtschaftliche Fortschritt hoffen dürfen, die Ernährung unseres Volkes mit pflanzlichen und tierischen Hauptprodukten sicherzustellen.

## Deutsches Reich.

Der Kronprinz in Bombay. Der deutsche Kronprinz besichtigte am Mittwoch nachmittag die Schenkwirtschaften der Stadt Bombay, überall von großen Volksmengen freundlich begrüßt. Während sich im Gopuram ein Menschengedänge bildete, wurde der Kronprinz von dem Gouverneur persönlich begrüßt und wurde ihm die Schenkwirtschaften gezeigt, die der Kronprinz zu einer der schönsten Erinnerungen im Leben des Kronprinzen werden möge. In Indien sah man in diesem Ereignis ein Abbild der freundschaftlichen Beziehungen zwischen zwei großer Völker, die einander bräuteten und deren gegenseitiges Vernehmen und Zusammenarbeiten den friedlichen Fortschritt in der Welt weitlich vorantreiben könne. Der Kronprinz dankte für den Empfang und die Begrüßung. Er sei glücklich, mit dem Besuch dieses wunderbaren Landes einen seiner Lieblingswünsche verwirklichen zu können. Mit dem Gouverneur sei er völlig der Meinung, daß aus freundschaftlichen Beziehungen beider großer Völker die wichtigsten Wohlfahrten für den Frieden und den Fortschritt der Menschheit hervorgehen. An dem Diner nahmen außer dem deutschen und englischen Gesandten des Kronprinzen die Spitzen der Behörden, mehrere indische Richter und bournese Eingeborene teil.

Der Weltfrieden. Nach einer Meldung aus New York veranstaltete der Deutsche Verein der Columbia-Universität am 13. d. M. zu Ehren des Kaiser-Wilhelm-Botschafters Paenell einen glänzenden Koncertabend, dem u. a. der Stifter der Rooseveltprofessur, James Speyer, beistand. In einer Ansprache pries der Roosevelt-Professor W. Heeler den industriellen Fortschritt Deutschlands und die Friedensliebe und das Pflichtgefühl des deutschen Volkes. Er regte an, Amerika solle auf eine Verbindung zwischen Zeitschrift und England hinarbeiten; alle drei Länder könnten den Weltfrieden erhalten.

Die Wertzuwachssteuer in der Kommission angenommen. Von weiteren Verläufe der Sitzung der Wertzuwachssteuerkommission am Mittwoch (vergl. die letzten Droht- und Fernsprechnachrichten in Nr. 585 der „Sach. Ztg.“) erklärte gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag, mit dem Zutritt der Wertzuwachssteuer die Grundsteuer aufzuheben, der Schatzsekretär, es sei ihm unverständlich, wie der Etat balanzieren könne, wenn man die bestehende Abgabe aufhebe. Sie erbringe im laufenden Jahre 15 Millionen, ohne den Versorgungszustand erreicht zu haben. Derselbe Wunsch gelangte auch in der Interpellation der fortschrittlichen Volkspartei zum Ausdruck. Die Situation sei eine andere, als die Antragsteller voraussetzen könnten. Es habe sich nämlich neuerdings ein Grundbesitzmarkt herausgestellt und die Preise seien dadurch stark gefallen. Die Sozialisten seien demnach mündlich vorstellig geworden, nicht wegen Aufhebung oder Erhöhung der Steuer, sondern wegen einer Besteuerung der Ertragsmittel wie in Frankreich auch angeregt worden ist) und eines Grundbesitzmonopols. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt. Der Zeitpunkt des Zutritts des Gesetzes ist auf den 1. April 1911 festgesetzt worden. Bei der Abstimmung über das Kommissionsgesetz stimmten, wie wir schon telegraphisch mitteilten, 15 Mitglieder für und ein Mitglied dagegen. Sieben Mitglieder, Sozialdemokraten und Anhänger der fortschrittlichen Volkspartei, enthielten sich ihrer Stimme.

Zur Stichwahlpolitik der Konservativen. Eine Zuschrift der „Neuztg.“ bezieht sich auf die Aufgabe der bisherigen Stichwahlpolitik der Konservativen, nach der gemäß dem Grundgesetz stets gegen den Staatsfeind der Freisinn unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie unterliegen sollte. Diese Politik sei selbstmörderisch. Vor allem aber verstoße das bisherige konservativ Prinzip mit der Einkünfteerhebung des Freisinnigen. Der Freisinn steht zwischen dem rechten und dem linken Mittelwert und das Mandat; von dem rechten weiß er, daß er in der Stichwahl sicher seine Stimmen erhält, gleichviel, was der Freisinn aus ihm, von dem linken Mittelwert dagegen weiß er, daß er als gemäßigter Liberaler nichts von ihm erwarten kann und daß, je mehr er sich links hält, desto eher er über gewinnt. Was in dem dem Freisinn zu erblicken ist, als sich links halten zu lassen, Man solle deshalb die Stichwahlpolitik nur auf dem Boden der Gegenseitigkeit gewahren, Beteiligter der Frei-

sim eine solche, so könne es in der Stichwahl dem Freisinn und der Sozialdemokratie überlassen bleiben, miteinander fertig zu werden. Von nationalen Standpunkte ist der Freisinn, solange er sich am Gefährten der Sozialdemokratie mache, nicht anders als die selbst zu bewerten; Bismarck erklärte ihr bekanntlich sogar für sich selbst. \* Die Bismarckkonferenz in Gutsa. Die außerordentliche Bismarckkonferenz in Gutsa ist am Mittwochabend mit einer Anzahl gelöster worden.

Gegen die weibliche Zeitung öffentlicher Mädchen. In den Kreisen der schleswig-holsteinischen Lehrer und Oberlehrer wird jetzt eine Petition gegen die Verstärkung des weiblichen Einflusses im Mädchenschulwesen und gegen die Zulassung der weiblichen Zeitung öffentlicher Mädchenstellen verbreitet. Das Abgeordnetenhaus wird darin gebeten, den Verbreitungen der Staatsregierung, die Mädchenzeitung mehr als bisher in weibliche Hände zu legen, entgegenzutreten und die in verschiedenen Erlassen verfügte Gleichstellung von Männern und Frauen bezüglich der Zeitung öffentlicher Mädchenstellen zurückzuführen, insbesondere aber durch geeignete Maßnahmen den weiblichen Einflüssen, die durch die Petition der Bismarckkonferenz in Gutsa, die außerordentliche Bismarckkonferenz in Gutsa ist am Mittwochabend mit einer Anzahl gelöster worden.

Die blau-weiß-rote Fahne in Kolmar. Ein Vorzug, der recht deutlich die politische Geistes besserer elassischer Kreise fundiert, und aus Kolmar gemein. Bei einer Aufführung der Donizettischen „Regimentsköche“ brach im zweiten Akt beim Erscheinen der französischen Fahne in der Szene und beim Verlangen derselben das Publikum, indem es enthusiastisch in französische Weisheitsgebungen aus. Bei der Aufführung des Stüdes waren der Präsident des Oberpräsidenten Beirats, Notar und Landesausführungsmittel Kübler (der bekannte Antrag auf obligatorische Einführung der französischen Sprache in der Volksschule wurde von ihm eingeleitet) und der für die Förderung der Franzosen im Elsaß bekannte Kolmarer Bürgermeister Blumenthal amnestisch. Witterungen und zerlos sollen diese beiden Herren bei der Demonstration durch Weisheitsgebungen mitgewirkt haben, was jedoch von ihnen selbst in der französischen Presse abgelehnt wird. Nachdem bei der zweiten Wiederholung des Stüdes sich die lärmenden französischen Umgebungen erneuert, wurde bei der dritten die Entfaltung der Zeilolore auf der Bühne verboten.

## Deutscher Reichstag.

101. Sitzung vom 14. Dezember, 12 Uhr.  
Am Bundesstatistik: Delbrück, Wermuth, Visco, v. Rindow, Kräfte, v. Tzipitz, v. Heeringen.  
Die erste Sitzung des Tages

wird fortgesetzt.  
Weg. Zeitungs (natlich). Das Interpellations an der Frage gerichtet. Was die Zustimmung der Rechte. O mag mutatio rerum. Merkwürdig, daß unter keine Haltung immer wieder verkannt wird. Wir wollen 500 Millionen neuer Steuern bewilligen, aber Voraussetzung war eine durchgreifende Besteuerung, und da haben wir uns mit den Erbschaften nicht begnügt. Was das Zentrum sich bei der Finanzreform als die besten Vorbedingung durch politische Kommissare bestimmen. Sie fürchtete die Liberalisierung Deutschlands. Aber die läßt sich doch nicht aufhalten. Was wir nicht aufhalten, ist nun gekommen: die Realisierung Deutschlands. Herr Erberger überließ, daß die Vorworts-Engländer und der Modernismus nicht innerliche Fragen sind. Wenn Weg. v. Bullen möglich, daß die deutsche Reichsstatistik fürchtet, so sollte er doch ausgehen, daß dies tatsächlich nicht zu vermeiden ist. Die Nationalliberalen erkennen die ausfallende Bedeutung Preußens an und sind dankbar für die große Rolle, die es seit Jahrhunderten getrieben hat. Aber im Interesse Preußens können wir auf eine Fortentwicklung Preußens im liberalen Sinne nicht bestehen und müssen beharrlich fordern, daß es ein liberales Reichstum bekommt. Im Reich fordern wir eine unabhängige Regierung, Fortführung der Schulpolitik, Fortführung der Sozialpolitik, dabei den Staat der persönlichen Freiheit, eine energische Handhabung der bestehenden Gesetze, keine aber Ausnahmegeleise ab. Nicht die dadrinnen Verhältnisse sind der Grund der Zersplitterung in Deutschland, sondern der Bund der Bundesräte und sein Vorgehen in Hannover gegen uns. Unsere Antwort ist unser Vorgehen in Süddeutschland. So lange wir unsere nationalen Organisationen freilassen können von sozialdemokratischen Terrorismus, tun wir es. (Rärm bei den Soz.) Die jetzt als Ausnahmegeleise bezeichneten Maßnahmen des Reichstages sind längst bekannt; sie Ausnahmegeleise nennen, vertritt die ganze Reichsstatistik, die unter öffentliches Leben befreit.

Weg. Rüstung (Sp.). Der Reichsstatistik (Sp.) wird von den gesundenden Reichsfinanzungen. Soz. Weg. Rüstung konnte sich dieser Anerkennung nicht ganz entziehen. Da bilden wir auf unser Schaffen bei der Reichsfinanzreform mit Genehmigung zurück. Die Regierung der Reichsstatistik erlangung Spontankomittee im Reichsstatistik. Der Reichsstatistik wird bekannt, daß man den Liberalen Gelegenheit gab, Opposition zu treiben. Auch die bürgerliche Seite war je zur Steuerbewilligung bereit. Die Sozialdemokraten will die Republik und das zu verbinden, bleibt unsere Pflicht. Aber die Auslösung der schlagkräftigsten Verfassung besteht noch volle Intelligenz. Aber die Vorworts-Engländer können die Alten nachgedacht gefühllos werden. Demnach muß jeder lassen, daß er eine neue Ära für unsere Kolonien bezaugelt hat. Wege seinem Nachfolger ähnlicher Erfolg beschließen sein. Abzählung wäre ja schon. Aber ein solcher Kontrast muß viele Paragraphen umfassen und bringt den Fein neuer Verordnungen. Wenn der Reichsstatistik, die unter öffentliches Leben befreit.





